

TEXTE

122/2022

Ukraine-Krise und Nachhaltigkeitspolitik

Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel zu Stabilität, Sicherheit und Resilienz

Lehren für die Nachhaltigkeitspolitik –
ein Diskussionsbeitrag

von:

Harald Ginzky, Matthias Menger

Umweltbundesamt

Herausgeber:

Umweltbundesamt

TEXTE 122/2022

Ukraine-Krise und Nachhaltigkeitspolitik

Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel zu Stabilität, Sicherheit und Resilienz

Lehren für die Nachhaltigkeitspolitik –
ein Diskussionsbeitrag

von

Harald Ginzky, Matthias Menger
Umweltbundesamt

Impressum

Herausgeber

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

Abschlussdatum:

Oktober 2022

Redaktion:

FG II 2.1 Übergreifende Angelegenheiten Wasser und Boden
Harald Ginzky

FG IV 2.1 Informationssysteme Chemikaliensicherheit
Matthias Menger

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, November 2022

Kurzbeschreibung:

Der nachfolgende Text will über die Lösung der konkreten Ukraine-Krise hinausdenken und die Notwendigkeiten einer künftigen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzpolitik thematisieren. Zunächst wird eine Bestandsaufnahme in Bezug auf den Zusammenhang der Ukraine-Krise und der globalen und nationalen Nachhaltigkeitspolitiken unternommen. In einem zweiten Schritt werden basierend auf dieser Analyse einige Politikempfehlungen unterbreitet, die eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik als Schlüssel für mehr Sicherheit, Stabilität und Resilienz aller Gesellschaften fordert. Hierbei wird besonders auf die Verantwortung der industrialisierten Staaten und insbesondere von Deutschland und der EU eingegangen.

Abstract:

The following text aims to think beyond the solution of the concrete Ukraine crisis and to address the necessities of a future sustainability and climate protection policy. First, a stocktaking is undertaken with regard to the connection between the Ukraine crisis and global and national sustainability policies. In a second step, based on this analysis, some policy recommendations are made, calling for an ambitious sustainability policy as the key for more security, stability and resilience of all societies. In this context, the responsibility of the industrialized states and in particular of Germany and the EU will be addressed in particular.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	7
1 Einleitung	8
2 Eine Bestandsaufnahme aus Nachhaltigkeitsperspektive.....	9
2.1 Ukraine-Krise als eine Krise in der Abfolge vieler Krisen	9
2.2 Krise der Nachhaltigkeitspolitik und Verschränkung von Sicherheit und Nachhaltigkeit	10
2.3 Unzureichende Nachhaltigkeitspolitik im Norden – Frustration und potentielle Neuorientierung im Süden	11
2.4 Mögliche geopolitische Verschiebungen.....	12
2.5 Weitere Herausforderungen für die Nachhaltigkeitspolitik	13
2.5.1 Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit.....	13
2.5.2 Aggressive Staaten.....	14
2.5.3 Digitalisierung mit Blick auf Nachhaltigkeit und Stabilität/Sicherheit	14
3 Lehren und allgemeine Empfehlungen	16
3.1 Nachhaltigkeitspolitik ist zugleich Stabilitätspolitik zur Vermeidung künftiger Krisen und muss als solche verstanden, konzeptioniert und umgesetzt werden	16
3.2 Neuausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik erforderlich: Mehr und schneller.....	17
3.2.1 Narrativ der Nachhaltigkeitspolitik anpassen – neues Framing in der Politik	19
3.2.2 Der Globale Norden muss liefern	19
3.2.3 Effizienz, Suffizienz sowie gerechte und angemessene Teilhabe als weitere Leitprinzipien erforderlich.....	20
3.2.4 Verhandlungen, Kooperationen und Absprachen mit allen Staaten auf Augenhöhe	20
3.2.5 Nachhaltigkeit kann es nur global, d.h. auch nur in Kooperation mit Russland geben	21
3.3 Der Krisenmodus bleibt: Resiliente Systeme sind erforderlich	22
4 Zusammenfassung und Ausblick	23

Abkürzungsverzeichnis

BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
EU	Europäische Union
G7	Group of Seven
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
SDG	Sustainable Development Goals
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
USA	United States of America
VN	Vereinte Nationen

1 Einleitung

Am 24. Februar 2022 startete Russland den Angriffskrieg auf die Ukraine und leitete damit eine Veränderung ein, die von Bundeskanzler Olaf Scholz als *Zeitenwende* bezeichnet wird. Eine *Zeitenwende* insofern, da Russland mit seinem Angriffskrieg erstens die europäische Sicherheitsarchitektur einseitig in Frage gestellt hat und zweitens zentrale regel- und wertebasierte Grundlagen der internationalen Kooperation jedenfalls für sich für ungültig erklärt hat.

Unstreitig kann die Krise infolge des Kriegs gegen und in der Ukraine (im Weiteren: Ukraine-Krise¹) erhebliche Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitspolitik² und auf die dringend erforderliche sozial-ökologische Transformation in den verschiedenen Staaten als auch auf internationaler Ebene haben.

Es zeichnen sich im Wesentlichen drei Entwicklungsszenarien in Bezug auf die weitere Nachhaltigkeitspolitik ab, die allerdings für einzelne Themenfelder unterschiedlich ablaufen könnten:

- ▶ Die Ukraine-Krise könnte zur Folge haben, dass die bisherigen Bemühungen in Bezug auf das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele, insbesondere der Bekämpfung des Klimawandels, zurückgestellt und/oder dauerhaft gemindert werden.
- ▶ Die Ukraine Krise könnte keine Auswirkungen auf das Ambitionsniveau der Nachhaltigkeitspolitik in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht haben.
- ▶ Die Ukraine-Krise könnte auch ein Momentum schaffen, Maßnahmen für die sozial-ökologische Transformation ambitionierter und schneller anzugehen und umzusetzen.

Der nachfolgende Text will über die Lösung der konkreten Ukraine-Krise hinausdenken und die Notwendigkeiten in Sachen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzpolitik thematisieren. Zunächst wird eine Bestandsaufnahme in Bezug auf den Zusammenhang der Ukraine-Krise und der globalen und nationalen Nachhaltigkeitspolitiken unternommen. In einem zweiten Schritt werden basierend auf dieser Analyse einige Politikempfehlungen unterbreitet. Insofern wird besonders auf die Verantwortung der „industrialisierten (meist westlichen) Staaten“ (im Weiteren: Globaler Norden) und insbesondere von Deutschland eingegangen.

Der Text schließt mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick.

1 Der Begriff „Ukraine Krise“ soll zum Ausdruck bringen, dass die Krise mit dem Staat Ukraine im Zusammenhang steht. Es soll nicht gesagt werden, dass die Ukraine für den russischen Angriffskrieg und der damit verbundenen Krise Verantwortung trägt oder sie gar verursacht hat.

2 Um Missverständnisse zu vermeiden, soll hier betont werden, dass der Begriff „Nachhaltigkeitspolitik“ im Weiteren breit verstanden werden soll. Der Begriff umfasst alle klima- und umweltpolitischen Maßnahmen unter Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen.

2 Eine Bestandsaufnahme aus Nachhaltigkeitsperspektive

Im Folgenden wird die Ukraine-Krise historisch und politisch aus Sicht der Nachhaltigkeitspolitik eingeordnet.

2.1 Ukraine-Krise als eine Krise in der Abfolge vieler Krisen

Ihr Die Ukraine-Krise steht nicht für sich allein. Wenn man die letzten zwanzig Jahre Revue passieren lässt, ist festzustellen, dass sich eine Krise internationalen Ausmaßes an die andere reihte. Zu nennen sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – in der zeitlichen Abfolge etwa der Terrorakt am 11. September 2001 und der darauf antwortende globale Krieg gegen den Terror durch die USA u.a. mit dem Einmarsch in Afghanistan 2001 und dem Krieg der USA und Verbündeter gegen den Irak in 2003, die Ernährungskrisen von 2007/2008 und 2011 ausgelöst, durch den starken Anstieg der globalen Lebensmittelpreise (infolge der Deregulierung der Finanzmärkte beim Handel mit Finanzinstrumenten für Rohstoffe), die Finanzkrise 2008/09, die Kriege in Georgien in den Jahren nach 2008, der arabische Frühling mit dem gewaltsamen Vorgehen einzelner Staatsregierungen als Reaktion auf die Demokratiebewegungen wie in Syrien seit 2011, dem Bürgerkrieg in Jemen seit 2013, die Flüchtlingsbewegungen in 2015 und die daraus resultierende EU-Krise um die Verteilung der geflüchteten Menschen sowie die Corona-Pandemie seit 2020.³ Des Weiteren sind die zahlreichen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent und anderen Teilen des Globus zu nennen, die jedoch kaum oder gar keine Präsenz im politischen Medienalltag haben.

Ferner ist nicht zu übersehen, dass sich weitere global wirkmächtige Krisen ankündigen. Infolge der Ukraine-Krise ist es bereits zu hohen Preissteigerungen für Energie und viele Artikel des täglichen Bedarfs in zahlreichen Ländern gekommen, mit entsprechenden Verwerfungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. In einigen Ländern sind auch die Zinsen stark gestiegen. Angesichts der erhöhten Preise und Zinsen sowie einer Rezession der Wirtschaft ist auch eine Krise des Immobilienmarkts bis hin zu einer erneuten Finanz- und Bankenkrise denkbar. Dramatische Versorgungsknappheiten in Ländern des Globalen Südens könnten dort Instabilitäten auslösen und erneut große Migrationsbewegungen sowohl innerhalb der jeweiligen Länder als auch grenzüberschreitend zur Folge haben. Auch weitere Epidemien oder Pandemien infolge von Zoonosen sind nicht auszuschließen.⁴

Diese multiplen und sich zum Teil überlagernden Krisen verschränken sich noch mit zwei fundamentalen globalen Krisen: der Klima- und der Biodiversitätskrise.⁵ Hinzu kommt, dass die skizzierten Instabilitätsdynamiken im Kontext der tiefgreifenden technologischen Veränderungen stattfinden, die durch die Digitalisierung geprägt sind.

³ Homer-Dixon, Thomas; Renn, Ortwin; Rockström, Johan; Donges, Jonathan F. und Janzwood, Scott, A Call for An International Research Program on the Risk of a Global Polycrisis. Verfügbar über SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4058592>.

⁴ Siehe etwa die Reaktion der WHO auf die sich ausbreitenden Affenpocken: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/who-affenpocken-107.html>.

⁵ UNEP spricht mittlerweile von einer „triple crisis“: „climate change, biodiversity loss and pollution“ – siehe etwa: <https://www.unep.org/resources/making-peace-nature>.

2.2 Krise der Nachhaltigkeitspolitik und Verschränkung von Sicherheit und Nachhaltigkeit

Die *Nachhaltigkeitsagenda 2030*,⁶ die von der Staatengemeinschaft auf der Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2015 angenommen wurde, bestimmt mit ihren 17 *Sustainable Development Goals* (SDG) und 169 konkreten Zielen (*targets*) – zusammen mit dem ebenfalls 2015 angenommenen *Paris-Übereinkommens zur Bekämpfung des Klimawandels* – den Maßstab und den Erwartungshorizont für eine erfolgreiche internationale Nachhaltigkeitspolitik.

Eine Bestandsaufnahme wesentlicher Parameter in Bezug auf den Erfolg der Nachhaltigkeitspolitik der letzten Jahre ist allerdings ernüchternd. Die Überbeanspruchung von Umwelt, Klima und Natur ist augenfällig, ähnlich das unzureichende Einlösen elementarer Bedürfnisse, wie die Vermeidung von Armut und Hunger. Obwohl die Zahl der Hungernden zwischen 1990 und 2015 stark zurückgegangen ist, ist sie seit 2015 erneut stark gestiegen und hat das Niveau von 1990 fast wieder erreicht. Auch wenn zu berücksichtigen ist, dass der Rückgang der Hungernden vor allem in bestimmten Regionen der Welt, wie etwa in China, erreicht werden konnte.⁷ Zudem ist die Schere der Wohlstandsverteilung zwischen Ländern des Nordens und des Südens in Bezug auf Einkommen und Vermögen sowie der Wohlstandsverteilung innerhalb der Staaten wieder weiter aufgegangen.⁸

Zwar wird praktisch in allen Staaten das Grundprinzip der Nachhaltigkeit als notwendiger Orientierungspunkt der Politik akzeptiert. Es wird aber, wie die obigen Belege dokumentieren, nicht entsprechend gehandelt, insbesondere wenn man das unzureichende Tempo der angestrebten Veränderung mit in Betracht zieht.

Je höher die Vulnerabilität einer Gesellschaft ist, desto mehr sind Menschen in diesen Gesellschaften den Folgen unzureichender Nachhaltigkeitspolitik ausgesetzt. Vereinfacht gesprochen, sind Menschen im Globalen Süden von den Auswirkungen der vielfältigen Krisen in aller Regel stärker betroffen. Allerdings soll nicht vergessen werden, dass man sich vor bestimmten Auswirkungen auch in Europa kaum oder nicht schützen kann, was die ca. 2.000 Hitzetote in Spanien und Portugal Ende Juli 2022 zeigen.

Was ist nun der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Nachhaltigkeit?

Einige der oben genannten Krisen haben primär geopolitische, religiöse oder machtpolitische Ursachen. Nachhaltigkeits- und Sicherheitspolitik müssen aber integriert gedacht werden. Denn fehlende oder unzureichende Nachhaltigkeitspolitik steigert das Risiko von politischen und militärischen Konflikten. Sie kann gleichsam Ursache, also auch konfliktverschärfend und -beschleunigend, sein. Fehlende Sicherheit, die zu solchen Konflikten führt, kann die Anstrengungen im Bereich Nachhaltigkeitspolitik stark erschweren oder gar zunichtemachen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umsetzung einer erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik wegen des fortschreitenden Klimawandels zudem noch unter einem enormen Zeitdruck steht.

Regionalkriege sind in den letzten 20 Jahren regelmäßig aufgetreten. Vier Aspekte scheinen dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der daraus folgenden Krise jedoch über einen Regionalkrieg hinaus die Bedeutung einer *Zeitenwende* zu geben:

6 Siehe <https://sdgs.un.org/2030agenda>.

7 So hungern heute mit ca. 770 Mio. Menschen wieder ca. 10 % der Erdbevölkerung vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger>.

8 Thomas Piketty, 'Das Kapital im 21. Jahrhundert' (2014).

- ▶ Der Krieg ist Ausdruck und Ergebnis eines Konflikts von Einflussbereichen und geopolitischem Machtstreben, insbesondere von Russland. In dem Konflikt um die Ukraine stehen sich Russland und die westlichen Staaten, inklusive der Nato, gegenüber. Die weitreichenden Sanktionen des Westens gegen Russland unterscheiden diesen Krieg von den meisten anderen Regionalkriegen der letzten Jahrzehnte.
- ▶ Der Konflikt hat das Potential zu einer nuklearen Eskalation.
- ▶ Infolge des Konflikts könnte sich die gesamte geopolitische Architektur verschieben. Diese Entwicklung zeichnet sich allerdings schon seit längerem ab. Es könnte zu einer Art neuer Blockbildung kommen, die auch die Bemühungen um Nachhaltigkeit und Klimaschutz erheblich in Frage stellen könnte.
- ▶ Zuletzt droht, dass die Ukraine-Krise zu einem Momentum wird, die Anstrengungen in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz abzusenken.

Die Ukraine-Krise zeigt deutlich und im Zeitraffer, wie wenig resilient und robust einige der für das gesellschaftliche Miteinander zentral bedeutsamen Systeme sind. Allen voran sind die Versorgungssysteme für Energie und Lebensmittel zu nennen. Innerhalb von Wochen oder Monaten sind bisherige Sicherheiten z.B. im Bereich Energie weggebrochen mit unmittelbaren Auswirkungen auf existentielle Grundbedürfnisse der Menschen (z.B. Wärmebereitstellung). Vergleichbares hat sich auch schon während der Corona-Pandemie gezeigt.

Es lässt sich auch konstatieren: Diese Erfahrung ist für die Staaten des Globalen Nordens relativ neu. Für viele Staaten des Globalen Südens ist diese Unsicherheit hingegen oftmals seit längerem Realität.

Es spricht auch vieles dafür, dass eine konsequentere Nachhaltigkeitspolitik mindestens die Folgen der Ukraine-Krise hätte abmildern, ggf. die Entstehung der Krise hätte verhindern können. Im Rahmen einer ambitionierten Nachhaltigkeitspolitik wäre der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangeschritten und daher auch die Abhängigkeit von den fossilen Brennstoffen aus Russland geringer. Ferner hätte Europa eine Kooperation mit Russland und der Ukraine zum Ausbau erneuerbarer Energien entwickeln können, was die Konfliktneigung verringert hätte.

Die Ukraine-Krise zeigt also die vielfältigen Wechselbeziehungen von Nachhaltigkeitspolitik (menschliche und ökologische Sicherheit) und Sicherheitspolitik (staatliche territoriale Sicherheit) auf.

2.3 Unzureichende Nachhaltigkeitspolitik im Norden – Frustration und potentielle Neuorientierung im Süden

Von der unzureichenden Nachhaltigkeitspolitik und deren Auswirkungen sind weiterhin vor allem Länder des Globalen Südens betroffen, denen Entwicklungspotentiale vorenthalten werden oder die auf Grund ihrer inneren Verfasstheit daran gehindert sind, Entwicklungspotentiale umzusetzen. Zum Teil wird die Verantwortung insofern auch beim Westen gesehen.

Auffällig ist etwa die Haltung von zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern in dem Konflikt. Exemplarisch kann die Unterstützung der Resolution in der VN-Generalversammlung zur Verurteilung der russischen Invasion vom 02.03.2022 – *Agression against Ukraine* – genannt werden. 141 Staaten der VN unterstützen zwar die Resolution, jedoch stimmten 4 Staaten (Eritrea, Syrien, Belarus, Nordkorea) dagegen und 35 Staaten enthielten sich, darunter Indien,

China, Südafrika und zahlreichen Staaten aus Afrika, Asien und Südamerika. Mit 12 weiteren Staaten, die sich der Abstimmung verweigerten, sind es somit 51 Staaten der Vereinten Nationen, die der Interpretation einer notwendigen ‚kompletten Isolierung Russlands in der Weltgemeinschaft‘ nicht gefolgt sind.

Objektiv betrachtet könnten Länder des Globalen Südens die folgenden fünf Kritikpunkte an der Nachhaltigkeitspolitik der Länder des Globalen Nordens vortragen. Manche dieser Punkte werden bereits ausdrücklich angesprochen, z.B. bei den jährlich stattfindenden Klimaverhandlungen im Rahmen des Klimarahmenabkommens (UNFCCC).

- ▶ Die Länder des Globalen Nordens haben den Klimawandel und die Biodiversitätskrise im Wesentlichen zu verantworten. Dieser besonderen Verantwortung werden sie nicht gerecht.
- ▶ Die Länder des Globalen Nordens erbringen auch heute nicht die notwendigen Leistungen zur Emissionsminderung und der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Zum Teil werden Emissionen, die der Wohlstandsmehrung im Norden zuzurechnen sind, durch die Globalisierung der Handelsbeziehungen einfach nur externalisiert.⁹
- ▶ Die Unterstützung aus den Ländern des Globalen Nordens für Nachhaltigkeitsbemühungen im Globalen Süden ist zu gering.
- ▶ Vielmehr werden Wirtschaftsbeziehungen (Handel, Direktinvestition) aufrechterhalten oder fortgeführt, die vor allem den ökonomischen Interessen der Staaten des Globalen Norden dienen, obwohl es eine erhebliche nachholende Entwicklung in einigen Staaten der Welt gab.
- ▶ Die mangelhafte Unterstützung des Globalen Nordens bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, insbesondere die Beibehaltung des Patentschutzes für Impfstoffe und deren Verteilung.

2.4 Mögliche geopolitische Verschiebungen

Infolge des Konflikts um die Ukraine scheinen nun einige Entwicklungs- und Schwellenländer weitere – als bisher wahrgenommene - Optionen für strategische Kooperationen in den Blick zu nehmen.¹⁰ Eine eindeutige Ausrichtung von Entwicklungs- und Schwellenländern Richtung westlicher Demokratien wie USA, NATO-Staaten und Staaten der Europäischen Union scheint immer weniger selbstverständlich.¹¹ Wesentlich ist auch die Erkenntnis bei den Entwicklungsländern, dass die enge Kooperation mit dem „Westen“ ihnen oftmals „...nicht besonders gut gedient“ hat – wie der ehemalige chilenische Botschafter ausführt.¹² Enttäuschungen gab es bei den Ländern des Globalen Südens auch und insbesondere bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie.¹³ Bestehende Strukturen, Kooperationen und Abhängigkeiten könnten also in Frage gestellt werden.

⁹ Hickel 2022: Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990–2015- ScienceDirect

Ferner: Brandt, Imperiale Lebensweise, 2017.

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/brics-china-101.html>.

¹¹ Ukraine-Krieg - SZ.de.pdf

¹² Ukraine-Krieg - SZ.de.pdf

¹³ Barbara Lippert/ Stefan Mair/Volker Perthes: Internationale Politik unter Pandemie-Bedingungen Tendenzen und Perspektiven für 2021, SWP-Studie 26/2020, 17.12.2020, <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/71444>; s.a. Harald Ginzky, Jan Kosmol, Kathrin Schwirn, Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik während und nach der Covid-19-Pandemie, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/internationale-umwelt-nachhaltigkeitspolitik>

Die Veränderung in Richtung einer stärker multipolaren Weltordnung ist spätestens seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 im Gange u.a. durch das Erstarken Chinas, das faktisch in die Rolle einer Weltmacht rückt und dieses auch strategisch anstrebt.¹⁴

Im Grunde könnte sich somit auch eine neue Blockbildung mit dem „Westen“ auf der einen Seite und einem weiteren Machtzentrum um China, Indien, Russland, Südafrika und Brasilien ergeben. Es gibt durchaus Entwicklungen in diese Richtung. Während sich eine Art Interessensgemeinschaft bestehend aus Russland, Indien und China abzeichnet und diese eine Kooperation mit weiteren BRICS-Staaten sucht, treffen sich die am weitesten entwickelten Länder im Rahmen der G7 – Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Kanada und USA – die EU hat Beobachterstatus – unter sich und vereinbaren weitreichende politische Agenden. Andere Staaten sind nicht beteiligt. Diese sieben Länder repräsentieren zwar 50 % des weltweiten Bruttosozialprodukts, sie sprechen aber lediglich für ca. 770 Mio. Menschen, also nur etwa 10% der Weltbevölkerung.¹⁵

Eine solche Blockbildung mit der Folge, dass sich Entwicklungsländer im Grunde von Ländern des Globalen Nordens jedenfalls teilweise abwenden, könnte für eine kooperative, integrative internationale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik erhebliche Erschwernisse bedeuten.

2.5 Weitere Herausforderungen für die Nachhaltigkeitspolitik

2.5.1 Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit

Eine weitere Problemebene ist die Schwächung und der Vertrauensverlust in die Rechtsstaatlichkeit. Eine solche Entwicklung könnte die Staatlichkeit insgesamt schwächen. Es besteht die Gefahr der Abschottung und der nationalen, ggf. auch aggressiven „Sonderwege“. Zivilgesellschaftliches Engagement wird im Zweifel unter Bedingung fehlender Rechtsstaatlichkeit erschwert oder ganz verhindert.

Das Phänomen lässt sich in vielen Staaten beobachten. Zu nennen sind zunächst die autokratisch regierten Staaten wie etwa die international sehr „mächtigen“ Staaten Russland und China, die zugleich ständige Mitglieder im VN-Sicherheitsrat mit Vetorecht sind. Beispiele von mangelnder Rechtsstaatlichkeit finden sich auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern.¹⁶ Beobachten lässt sich eine solche Entwicklung auch in entwickelten Staaten. Zu nennen sind hier etwa Ungarn und Polen mit erheblichen Folgen für eine Rechtsstaatlichkeit in der EU. Auch in den USA sind destabilisierende Entwicklungen wahrnehmbar. So hat der damalige Präsident Donald Trump – im Ergebnis erfolglos, aber mit völliger Überzeugtheit – versucht, mit illegalen Mitteln seine Abwahl zu annullieren. Weite Teile der Republikanischen Partei gehen noch heute von einem Wahlbetrug aus.¹⁷ Ferner hat auch der Supreme Court einige irritierende Entscheidungen getroffen, die politisch intendiert erscheinen.

¹⁴ Global: Warum niemand die aktuelle Weltordnung will | IPG Journal (ipg-journal.de)

¹⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/G7>

¹⁶ Es lassen sich zahllos weitere Beispiele nennen. Etwa Ungarn: Europa: Der EU-Rechtsstaatlichkeitsmechanismus hilft in Ungarn kaum, die Opposition ist vor den Wahlen auf sich allein gestellt | IPG Journal (ipg-journal.de)

¹⁷ Inwieweit diese Entwicklungen zum Teil auch als „irrationale“ Reaktionen angesichts der vielfältigen Krisen zu verstehen sind, müsste weiter untersucht werden. Manche Reaktionen einzelner Politiker – etwa dem vormaligen US-Präsidenten Trump – z.B. während der Corona-Pandemie oder in Bezug auf die Klimakrise können als „irrationales Ausblenden“ interpretiert werden.

2.5.2 Aggressive Staaten

Die Internationale Zusammenarbeit basiert auf vereinbarten Regeln und Werten, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen¹⁸ mit dem darin verankerten Gewaltverbot. Zunehmend verweigern sich einzelne Staaten in Teilen oder weitgehend diesen Werten und Regeln. Auch weitere internationale Verträge und wichtige Abkommen, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung, erodieren bzw. sind einseitig gekündigt worden. Wenngleich das Gesamtgeflecht der regelbasierten internationalen Ordnung weiterhin Bestand hat, nehmen die Angriffe auf die internationale Rechtsordnung zu, auch durch Staaten des Globalen Nordens (insbesondere die USA unter Präsident Trump hat hier für eine erhebliche Schwächung des internationalen Regelwerks gesorgt).

Russland hat nun mit dem Angriff auf die Ukraine, der kontinuierlichen Eskalation des militärischen und politischen Handels sowie der pro-aktiven Politik der geopolitischen Einflusszonen diesen Werte- und Regelkonsens weitgehend verlassen.

Die internationale Politik muss sich auf solche „aggressive“ und kooperationsunwillige Staaten weiterhin einstellen. Diese Herausforderung stellt sich auch in Bezug auf eine kooperative internationale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik.

2.5.3 Digitalisierung mit Blick auf Nachhaltigkeit und Stabilität/Sicherheit

Die sozial-ökologische Transformation und die sich parallel vollziehende Transformation der Gesellschaft durch die Digitalisierung sind interdependent. Festzustellen ist, dass die digitale Transformation und die Nachhaltigkeitstransformation unterschiedlichen Logiken unterliegen und von verschiedenen Treibern vorangebracht werden. Während die digitale Transformation als technische Novität einer Eigendynamik unterliegt und insbesondere durch ökonomische Interessen vorangetrieben wird, fordert die Nachhaltigkeitstransformation grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, die kurzfristigen ökonomischen Interessen von einzelnen Marktteilnehmern oftmals zuwiderlaufen.¹⁹ In der Folge kann festgestellt werden, dass die Digitalisierung bereits im vollen Gange ist und unsere Gesellschaft in fast allen Lebensbereichen gewollt oder ungewollt, direkt oder indirekt durchdringt (Arbeitswelt, Gesundheit, Kommunikations-, Mobilitäts-, Konsumverhalten etc.), während die sozial-ökologische Transformation – um im Bild zu bleiben – nur schleppend anläuft.

Hinsichtlich einer gesellschaftlichen Steuerung kann daher etwas pauschaliert gesagt werden, dass die Digitalisierung vor allem einer kritischen Begleitung und einer Einhegung durch staatliche Lenkung/Steuerung bedarf, damit diese der sozial-ökologischen Transformation nicht zuwiderläuft. Die sozial-ökologischen Transformation muss hingegen eine gezielte Förderung und Ermöglichung erfahren.

Die Ukraine-Krise wirft auch Fragen hinsichtlich der Verflechtung von Digitalisierung und Nachhaltigkeit sowie sicherheitspolitischen Fragen auf. Drei Herausforderungen sind vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Ukraine-Krise zu klären:

- Die Herausforderungen identifizieren, die sich infolge der Digitalisierung für den Kontext Nachhaltigkeit im Sinne einer Sicherheitspolitik stellen.

¹⁸ <https://www.un.org/en/about-us/un-charter/full-text>

¹⁹ WBGU, Unsere gemeinsame digitale Zukunft, 2019, <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/unsere-gemeinsame-digitale-zukunft>.

- ▶ Die Innovationspotentiale nutzen, die sich durch zusätzliche digitale Werkzeuge zur Lösung der kurzfristigen Folgen der Krisen und Vermeidung zukünftiger für die verschiedenen Bereiche wie Nahrungsmittel- oder Energieversorgung ergeben.
- ▶ Die Interdependenzen zwischen breit verstandener Sicherheitspolitik, Nachhaltigkeit und Digitalisierung verstehen und auf dieser Grundlage Steuerungsinstrumente und Verantwortlichkeiten bestimmen.

3 Lehren und allgemeine Empfehlungen

Was folgt nun aus diesen Befunden? Was sind die kurzfristig notwendigen Maßnahmen, die zugleich einer mittel- und langfristigen Strategie folgen?

Die grundsätzliche Herausforderung scheint darin zu bestehen, **erstens** die aktuelle Krise zu bewältigen und dabei **zweitens** zugleich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine effektive sozial-ökologische Transformation auf den Weg zu bringen.

Die politischen Maßnahmen müssen an diesen **beiden** Anforderungen (aktuelle Krisenbewältigung und Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation) ausgerichtet werden. Es sind also insbesondere Maßnahmen zu vermeiden, die in Bezug auf die notwendige sozial-ökologische Transformation zu einem „lock-in“ führen. Ein „lock-in“ würde entstehen, wenn durch die Maßnahmen die „richtige Richtung“ verlassen wird, weil das Erreichen des langfristigen Ziels einer sozial-ökologischen Transformation erheblich erschwert wird.

Die Anstrengungen müssen sich also auch auf die Bewältigung der Auswirkungen der multiplen Krisen richten. Separate „Silo“-Ansätze zur Lösung einzelner Krisen reichen nicht mehr aus, da erstens sich die verschiedenen Krisen wechselseitig verstärken und zweitens die Entstehung weiterer Krisen nicht eingedämmt werden kann. Systemische Ansätze, wie es die Nachhaltigkeitspolitik verfolgt, sind mehr denn je gefordert.

Dem Globalen Norden (also insbesondere auch der EU und Nordamerika) kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Der Weltgemeinschaft und insbesondere den Entwicklungsländern muss glaubwürdig vermittelt werden, dass sich die Staaten des Globalen Nordens den SDGs und dem Paris-Übereinkommen trotz der Ukraine-Krise und der vielen weiteren Krisen verpflichtet fühlen. Anderenfalls könnten diese international vereinbarten Ziele in Misskredit geraten. Der Globale Norden und insbesondere auch Deutschland muss seiner Vorbildfunktion gerecht werden.

Drei Anforderungen sind insofern zu berücksichtigen:

- ▶ Umsetzung der 17 SDGs und der Anforderungen des Paris-Übereinkommens in der gebotenen Geschwindigkeit, um zu Klimaneutralität unter Beachtung der planetaren Grenzen zu kommen.
- ▶ Gerechte Verteilung der Lasten zwischen dem Norden und Süden, inbegriffen die gerechte Lastenverteilung innerhalb der jeweiligen Länder sowie angemessene Förderung und Unterstützung der Transformationsbemühungen der Länder im Globalen Süden.
- ▶ Entsprechende Formen internationaler Kooperation auf Augenhöhe, orientiert an den Gedanken der Charta der Vereinten Nationen.

3.1 Nachhaltigkeitspolitik ist zugleich Stabilitätspolitik zur Vermeidung künftiger Krisen und muss als solche verstanden, konzeptioniert und umgesetzt werden

Die Ukraine-Krise unterstreicht erneut die vielfältigen Wechselbeziehungen von Nachhaltigkeitspolitik und Sicherheitspolitik (staatliche territoriale Sicherheit und Schutz von menschlichen Leben).

Er ist im Wesentlichen Ergebnis geopolitischen Handelns von Staaten. Zugleich ist aber eine ganzheitliche und erfolgreiche Nachhaltigkeitspolitik ein wichtiger Faktor für Stabilität und Sicherheit durch Vermeidung zusätzlicher und Entschärfung bestehender Konflikte.

Dies hat die Staatengemeinschaft in der Nachhaltigkeitsagenda 2030 vom 25. September 2015 zum Ausdruck gebracht.

Die Präambel formuliert:

“There can be no sustainable development without peace and no peace without sustainable development.”

Vergleichbare Aussagen finden sich in Ziffer 35:

“Sustainable development cannot be realized without peace and security; and peace and security will be at risk without sustainable development.”

Ziffer 42 nennt die damit verbundene Herausforderung:

“We recognize the major challenge to the achievement of durable peace and sustainable development in countries in conflict and post-conflict situations.”

Nachhaltigkeitspolitik geht im Grunde von einer umfassenden Sicherheit für Mensch und Umwelt als Zielvorstellung aus. Insofern verringert eine ganzheitliche Nachhaltigkeitspolitik das Risiko des Entstehens von größeren politischen und militärischen Konflikten. Gesellschaften, die ihrer Bevölkerung ausreichend und gerecht verteilten Wohlstand bieten, die inklusiv, rechtsstaatlich und demokratisch strukturiert sind und weitgehend ohne Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen funktionieren, bergen ein geringeres Konfliktpotential – sowohl nach innen als auch nach außen.

Das zeigt auch, dass Nachhaltigkeits- und Sicherheitspolitik integriert gedacht werden müssen. Fehlende Nachhaltigkeitspolitik steigert das Risiko von politischen und militärischen Konflikten. Das Scheitern von Sicherheitspolitik, das zu solchen Konflikten führt, erschwert nachdrücklich den Erfolg von Anstrengungen im Bereich der Nachhaltigkeitspolitik.²⁰ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Umsetzung einer erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik wegen des fortschreitenden Klimawandels zudem unter einem enormen Zeitdruck steht.

Nachhaltigkeitspolitik auf internationaler Ebene wie auch von einzelnen Staaten muss also auch in Bezug auf die konfliktmindernde Bedeutung für sicherheitspolitische Kontexte verstanden und umgesetzt werden.

3.2 Neuausrichtung der Nachhaltigkeitspolitik erforderlich: Mehr und schneller

Die Schwere der Krisen ist zumindest auch mitverursacht durch eine zu schwache nationale und internationale Nachhaltigkeitspolitik, die die notwendigen Veränderungen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nicht beinhaltet und/oder umsetzt. Wie oben ausgeführt, kommt dem Globalen Norden insofern eine besondere Verantwortung zu.²¹

²⁰ Siehe auch die neue Studie des Stockholm International Peace Research Institute: Environment of Peace: Security in a New Era of Risk, 2022, <https://sipri.org/publications/2022/other-publications/environment-peace-security-new-era-risk>

²¹ Siehe: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/g7-klimaziel-erderwaermung-101.html>;
<https://www.theguardian.com/environment/2022/apr/06/us-europe-behind-vast-majority-global-ecological-damage-study>

Im Kontext der Corona-Krise sind die folgenden konkretisierenden und zum Teil ergänzenden Leitmotive vorgeschlagen worden. Sie sind in der Reihung durch den Eindruck der Corona-Pandemie geprägt, gelten aber gleichwohl grundsätzlich: ²²

► **Stärkung des Nexus von Umwelt und Gesundheit**

Der Zusammenhang von Umwelt- und Gesundheitsschutz muss deutlich stärker als bisher bei allen sektoralen Politiken berücksichtigt werden. Zur Operationalisierung dieses Leitmotivs sollte der „One Health“-Ansatz genutzt werden.

► **Resilienz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme**

Durch eine Stärkung der „Resilienz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme“ sollen die Fragilität und Anfälligkeiten des globalisierten Wirtschaftens gegenüber Krisen verringert werden. Die Corona-Krise hat nachdrücklich verdeutlicht, dass Systeme nicht allein auf Effektivität optimiert werden sollten, sondern dass Puffer im Sinne einer besseren Widerstandsfähigkeit dringlich erforderlich sind. Resilienz kann nur erreicht werden, wenn die Anforderung aus den Nachhaltigkeitszielen „niemanden zurückzulassen“ und die ökologischen Grenzen beachtet werden.

► **Strukturelle Gerechtigkeit**

„Strukturelle Gerechtigkeit“ meint die Sicherstellung eines guten Lebens auf Basis einer sicheren Grundversorgung für alle Menschen weltweit. Durch strukturelle Gerechtigkeit könnten instabile Systeme vermieden werden.

► **Solidarität des Handelns als Ausdruck der gesellschaftlichen Resilienz**

Dieses Leitmotiv verlangt, dass alle staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Akteure, soweit sie umwelt- und nachhaltigkeitspolitische Maßnahmen initiieren oder umsetzen, berücksichtigen, welche Wirkungen diese Maßnahmen für andere Akteure, insbesondere für deren Resilienz, haben.

► **Lernende Steuerung wegen einer sich dynamisch verändernden Erkenntnislage**

Der „lernenden Steuerung“ kommt auf Grund der Notwendigkeit, bei sich stetig ändernder Erkenntnislage Entscheidungen treffen und diese kontinuierlich anpassen zu müssen, eine neue Wertigkeit zu.

► **Erhaltung und Stärkung handlungsfähiger öffentlicher Institutionen auf allen Ebenen.**

Es bedarf handlungsfähiger Staaten und internationaler Organisationen für das Krisenmanagement und um geeignete Maßnahmen für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu koordinieren sowie umsetzen zu können. Ebenso muss die lokale Ebene gestärkt werden, da nur dort die realen akuten Bedürfnisse bestmöglich verstanden und Lösungswege erarbeitet und implementiert werden können.

► **Entwicklung einer digitalen Kultur**

Das Potenzial der Digitalisierung muss, soweit möglich, mit Blick auf Umweltschutz, aber auch mit Blick auf die erforderlichen sozial-ökologischen Transformationen, systematisch erschlossen

²² Harald Ginzky, Christian Löwe, Carsten Neßhöver, Lehren aus der Corona-Krise: Neue Leit motive für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich? – ein Diskussionsbeitrag, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/lehren-aus-der-corona-krise-neue-leitmotive-fuer>.

werden. Insofern bedarf es einer neuen digitalen Kultur, die auch die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung aktiv bestimmt.

Neben diesen eher prinzipiellen Überlegungen sind die folgenden fünf Punkte von entscheidender Bedeutung, um vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise die notwendige Transformation hin zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit auf den Weg zu bringen.

3.2.1 Narrativ der Nachhaltigkeitspolitik anpassen – neues Framing in der Politik

Narrative im Sinne von gesellschaftlich konsentierten Grundverständnissen und -haltungen sind für die gelebte Wirklichkeit von hoher Bedeutung. Damit können auch die grundlegenden Botschaften eines Narrativs, das von Entscheidungsträgern, der Wissenschaft und sonstigen Vertretern eines Politikfeldes in die Gesellschaft getragen wird, für die gelebten gesellschaftlichen Konventionen richtungsweisend sein.

Insofern muss auch das Narrativ der Nachhaltigkeitspolitik sich dahingehend ändern, dass das Erreichen der Nachhaltigkeit als übergeordnete und zwingend zu beachtende Anforderung, als sicherheitsrelevant und am Ende als gesellschaftlich erstrebenswertes Ziel angesehen wird. Nachhaltigkeit muss als friedensstiftend, gerecht und gesund – mit großen Wohlfahrtseffekten für alle – verstanden und erzählt werden.

Bisher wird Nachhaltigkeit mit Verboten und Verzicht auf Lebensqualität einer kleinen Öko-Community also im Grunde als ein „Extra“ wahrgenommen und gesehen. Genau das muss sich ändern und anders erzählt werden: Nachhaltigkeit ist die Grundlage von Frieden und Sicherheit, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Resilienz.

3.2.2 Der Globale Norden muss liefern

Die industrialisierten Staaten müssen, um mittel- und langfristig den Krisenmodus zumindest abzuschwächen oder um ihm zu entkommen, ihre Bemühungen in Sachen Nachhaltigkeitspolitik intensivieren und nicht – wie von manchen befürwortet – abschwächen. Sie sollten sich, um Vertrauen zu gewinnen, an den neu konfigurierten Leitmotiven orientieren.

Zu betonen ist auch, dass der Globale Norden zeigen muss, dass es ihm – auch trotz der aktuellen Ukraine-Krise – ernst ist mit der Nachhaltigkeitspolitik.

Kernaufgabe ist es zunächst, Maßnahmen zur Minderung der Treibhausgasemissionen – auch im Sinne einer Vorbildfunktion für weniger entwickelte Staaten – so zu ergreifen, dass entsprechend der wissenschaftlichen Erkenntnisse Maßnahmen umgehend (!) zu ergreifen sind, um bis zur Mitte des Jahrhunderts Klimaneutralität zu erreichen.²³

Die Staaten des Globalen Nordens müssen faire wirtschaftliche Beziehungen mit den weniger entwickelten Staaten aufbauen, die im Interesse aller Beteiligten sind. Das bedarf unter anderem einer Neuausrichtung auch des internationalen Handelsrechts und der internationalen Finanzpolitik. Der internationale Handel muss Nachhaltigkeitspolitiken unmittelbar befördern und nicht nur – wie bislang – durch Nachhaltigkeitsanforderungen eingeengt werden.²⁴ Auch die Bekämpfung einer Hungerkrise macht Maßnahmen unter der Prämisse einer globalen

²³ Zwei ernüchternde Befunde und Entwicklungen in den letzten Wochen: die Industriestaaten kommen ihren Pflichten zur Emissionsminderung nicht nach. Siehe: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/g7-klimaziel-erderwaermung-101.html>; Zugleich sind sie nicht bereit, ein benefit-sharing-System bei der ökonomischen Aneignung von „common goods“ zu akzeptieren, <https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/hochseeabkommen-101.html>

²⁴ Oliver Ruppel, Soil protection and the right to food: Sustainability implications for global climate governance and world agricultural trade?, in: Oliver Ruppel, Harald Ginzky (Hrsg.), African Soil Protection Law, 2021, <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748908043/african-soil-protection-law>.

Solidarität erforderlich.²⁵ Ferner müssen die Staaten des globalen Nordens die weniger entwickelten Staaten bei der Implementierung einer ausreichenden Nachhaltigkeitspolitik so unterstützen, dass die Umsetzung gelingen kann und lokale Entwicklung und Wohlstand ermöglicht wird. Dies wird nur mit ausreichender Teilhabe und Transfer, insbesondere Technologietransfer, zu erreichen sein.

3.2.3 Effizienz, Suffizienz sowie gerechte und angemessene Teilhabe als weitere Leitprinzipien erforderlich

Es ist unbestritten, dass der Einsatz von Ressourcen und Energie sich nicht kontinuierlich erhöhen darf, anderenfalls kann die Klima-, Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitskrise nicht gelöst werden. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass allein die Umstellung auf nachhaltige Infrastrukturen in den Bereichen Herstellung, Erzeugung und Verteilung von Strom und Wärme, Mobilität, Wohnen, Nahrungsmittelversorgung in sehr großem Maße den Einsatz von Energie und Ressourcen erfordern wird. Zusätzliche Energie und Ressourcen werden auch erforderlich für den Betrieb und Vorhaltung nachhaltiger Systeme, etwa im Bereich Mobilität oder Raumwärme, und für technische Anpassungsmaßnahmen, z.B. um der Atmosphäre Treibhausgase zu entziehen, um nur einige wenige Bereiche zu nennen.

Zugleich setzen eben die planetaren Verfügbarkeiten von Ressourcen Grenzen. Es bedarf daher insbesondere einer Diskussion um die Minderung des Energie- und Ressourcenverbrauchs im Sinne von Effizienz und Suffizienz.²⁶ Ferner scheint daher eine Orientierung allein am materiellen Wirtschaftswachstum klimapolitisch nicht mehr machbar. Notwendig sind insofern eine Art Wertewandel sowie andere Bemessungsgrundlagen für Wohlstand und Wohlfahrt.²⁷

Teilhabegerechtigkeit ist hier ein weiterer Aspekt, der dringlich zu berücksichtigen ist. Der Klima- und Umweltfußabdruck steigt im Grunde linear mit dem Einkommen und dem verfügbaren Vermögen. Menschen mit geringem oder sehr geringem Einkommen, wie in Entwicklungs- und Schwellenländern des Südens, sind also zur Minderung des Energie- und Ressourcenbedarfs weniger aufgerufen als Menschen und Gesellschaften in entwickelten und wohlhabenden Nationen, wie den Industriestaaten des Globalen Nordens.

Auch hinsichtlich der Minderung des Energie- und Ressourcenbedarfs stehen also die Gesellschaften des Globalen Nordens in einer besonderen Verantwortung. Es geht um Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit aus Sicht des Globalen Südens.

3.2.4 Verhandlungen, Kooperationen und Absprachen mit allen Staaten auf Augenhöhe

Dem bereits eingetretenen Vertrauensverlust zu begegnen, verlangt auf Seiten der entwickelten Staaten einen Umgang mit Ländern des Globalen Südens, der von Respekt, Solidarität und Integration der verschiedenen Perspektiven geprägt ist.

²⁵ Der Weg aus der globalen Hungerkrise | Heinrich-Böll-Stiftung (boell.de).

²⁶ Eric Fee, Franziska Wehinger, Jens Schuberth, Manuel Hendzlik, Philipp Hölting, Aus der Energiekrise durch Effizienz und Suffizienz, 2022, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/aus-der-energiekrise-durch-effizienz-suffizienz>.

Gregor Barth, Maja Bernicke, Christopher Blum, Knut Ehlers, Traute Fiedler, Fabian Jäger-Gildemeister, Kristina Juhrich, Andreas Kahrl, Regina Kohlmeyer, Jan Kosmol, Franziska Krüger, Sandra Leuthold, Michael Marty, Matthias Menger, Lars Mönch, Sebastian Plickert, Christopher Proske, Bettina Rechenberg, Almut Reichart, Diana Thalheim, Julia Vogel, Kurs halten in der Krise - schneller auf den Pfad zur industriellen Dekarbonisierung!, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/kurs-halten-in-der-krise-schneller-auf-den-pfad-zur>.

²⁷ Harald Ginzky, Christian Löwe, Carsten Neßhöver, Lehren aus der Corona-Krise: Neue Leit motive für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich? – ein Diskussionsbeitrag, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/lehren-aus-der-corona-krise-neue-leitmotive-fuer>.

Wichtig sind zwei Ansätze: Erstens muss der Fokus auf die eigenen Interessen des Globalen Nordens verlassen und die Belange anderer Regionen und anderer Staaten angemessen in den Blick genommen werden. Das erhöht freilich die Menge der zu recherchierenden Informationen, der zu berücksichtigenden Belange und die Komplexität der verschiedenen Perspektiven und Interessen beträchtlich. Allerdings ist ein solches Herangehen erforderlich, um überhaupt zu einem Interessenausgleich kommen zu können.

Zweitens müssen die Verhandlungen, Kooperationen und Absprachen eben auf Augenhöhe und in gegenseitiger Solidarität erfolgen. Ist dies nicht der Fall, kann im Grunde davon ausgegangen werden, dass die Kooperationen und Absprachen nicht resilient und gerecht und auch nicht tragfähig sind.

Ein solcher Perspektivwechsel eröffnet auch Chancen zu neuen Kooperationen, die im Interesse aller Beteiligten integrierte Lösungen ermöglichen. Kooperationen z.B. mit afrikanischen Staaten im Bereich regenerativer Energien und nachhaltiger Digitalisierung können in den betroffenen Staaten wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven und insofern auch angemessene Lebensbedingungen schaffen und Versorgungssicherheit für „die Staaten des globalen Nordens“ unterstützen.²⁸

3.2.5 Nachhaltigkeit kann es nur global, d.h. auch nur in Kooperation mit Russland geben

Klimaschutz als eine der Kernherausforderungen der Nachhaltigkeit wird nur durch die Einbindung der relevanten Emittenten und somit nur global zu erreichen sein. Daher ist die oben skizzierte Neu-Justierung der internationalen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich.

Als größtes Flächenland auf dem Globus ist Russlands Beitrag zur Klimapolitik sehr wichtig. Drei Aspekte sind insoweit von besonderer Bedeutung. Mit ca. 4 % der globalen Treibhausgasemissionen trägt Russland erstens signifikant zum Klimawandel bei.²⁹ Zweitens könnten Methanemissionen aus den Permafrostböden im Osten Russlands den Klimawandel massiv beschleunigen. Und drittens, könnte Russland mit seinen weiten Flächen und den vielen natürlichen Ressourcen – auch in Kooperation mit anderen Staaten – die weltweite Energiewende erheblich unterstützen und befördern.

Drei Strategien zur mittelfristigen „Wiedereinbindung“ Russlands scheinen überlegenswert: Zunächst sollten auch während des russischen Angriffskrieges auf unterer Ebene Kontakte zu russischen Wissenschaftler:innen und Vertreter:innen aus der Zivilgesellschaft, die sich für Klimaschutz und Nachhaltigkeit einsetzen, aufrechterhalten und fortgeführt werden.³⁰ Zweitens sollten Deutschland, die EU und weitere Staaten des Globalen Nordens den Versuch unternehmen, durch gutes Beispiel den Gedanken der Nachhaltigkeit zu fördern und auch in Kooperation mit anderen Staaten umzusetzen. Partnerländer der EU und der NATO könnten insofern auch mittelbar auf Russland Druck in Sachen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstandards ausüben, soweit sie wirtschaftliche Kooperationen mit Russland eingehen. Und drittens scheint der Bereich Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Umweltschutz geeignet, nach Beendigung der kriegesischen Handlungen erste vorsichtige offizielle Kontakte und Kooperationen wiederaufzubauen.

28 <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/migration-environment-climate-change-literature>

29 [environment-in-times-of-war-climate-energy-challenges-post-soviet-region.pdf](#) (ispionline.it)

30 Wie denkt die russische Bevölkerung über den Krieg? – Demokratie und Gesellschaft | IPG Journal (ipg-journal.de)

Dieses Herangehen könnte sich auch als grundsätzlich geeignete Strategie im Umgang mit „aggressiven“ und/oder „autokratischen“ Staaten erweisen, um sie wieder in eine kooperative internationale Nachhaltigkeits- und Klimapolitik einzubinden.

3.3 Der Krisenmodus bleibt: Resiliente Systeme sind erforderlich

Staaten und Gesellschaften sollten sich vor diesem Hintergrund auf weitere Krisen einstellen. Der entscheidende Mechanismus ist die Schaffung von resilienten - oder genauer – resilienteren gesellschaftlichen Systemen.

Um dieser Resilienz-Anforderung zu genügen, müssen Systeme in einer Form konzeptioniert sein, dass erstens das Risiko der Entstehung von Krisen verringert wird, dass zweitens im Zweifel die Heftigkeit unvermeidbarer Krisen gemindert wird und dass drittens die Systeme grundsätzlich in der Lage sind, auf externe Schocks durch systemimmanente Strategien in dem Sinne umzugehen, dass die Systemleistungen gewahrt bleiben. Resilienz gilt es für die Gesellschaften als Ganzes umzusetzen, aber auch für einzelne wirtschaftliche Systeme (etwa betriebliches Wirtschaften, Lieferketten und Finanzmärkte) und für einzelnen gesellschaftliche Systeme (z.B. Gesundheit, Lebensmittelversorgung, Bildung, Mobilität).

Resilienz wird in einigen Fällen ein Weniger an kurzfristiger Effizienz verlangen. Privatwirtschaftliche Akteure orientieren sich primär an betriebswirtschaftlichen Kriterien, die allerdings auch Anforderungen der Resilienz umfassen können. Resilienzanforderungen an gesellschaftliche Systeme müssen allerdings durch staatliche Intervention – etwa durch rechtliche Vorgaben – bestimmt und durchgesetzt werden.³¹ Sie wirken insofern wieder auf die betrieblichen Planungen ein.

Eine Diversifizierung der Bezugsquellen kann Resilienz befördern ebenso wie ein gewisses Maß an Regionalisierung. Insofern können Kooperationen vor Ort nachhaltigere Produktionsweisen durch lokale Ressourcennutzung sowie dezentrale erneuerbare Energieversorgungssysteme voranbringen und so auch zu mehr Resilienz führen.

Die Resilienz eines „Systems“ hängt auch von der Art einer ggf. notwendigen internationalen Kooperation ab. Auch insofern ist die Berücksichtigung der Interessen von Entwicklungs- und Schwellenländern von besonderer Bedeutung, um resiliente „Systeme“ aufbauen zu können.

Die Anforderungen an resiliente Systeme hängen von dem jeweiligen System ab. Für die Energieversorgung gelten andere Anforderungen als etwa für das Gesundheitssystem. Erste grundlegende konzeptuelle Ansätze nennen Diversifizierung der Lieferanten, eine gewisse Regionalisierung, die Entwicklung von Alternativen sowie Informationstransparenz innerhalb eines Systems.³² Insofern besteht erheblicher Forschungsbedarf.

31 Langfristige wirtschaftspolitische Ziele in einer Zeit kurzfristiger Reaktionen | Heinrich-Böll-Stiftung (boell.de)

32 IMPULS-Sicherheit-Resilienz-Nachhaltigkeit_web_final.pdf

4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Analyse hat gezeigt, dass wir nicht nur sicherheitspolitisch eine *Zeitenwende* erleben. Die letzten zwei Dekaden waren eine Abfolge von vielen Krisen. Tatsächlich stehen wir vor einer Weichenstellung, die entweder zu einer grundlegenden Schwächung der weltweiten Bemühungen der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik führen kann oder eben einen Aufbruch zu mehr Nachhaltigkeit in einer intensivierten und gerechteren internationalen Kooperation auslösen könnte.

Die Aufgabe, die vor allem der Globale Norden zu leisten hat, ist, glaubwürdig die Nachhaltigkeitspolitik innerstaatlich voranzutreiben. Die vermeintliche Botschaft in die Welt, Deutschland oder Europa könnte es sich leisten, wegen der Ukraine-Krise essentiell die Anstrengungen in Sachen Klima- und Nachhaltigkeitspolitik zurückzunehmen oder gar zu verschieben, würde zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik führen. Andere Staaten würden das vermutlich zum Anlass nehmen, dem schlechten Beispiel zu folgen.

Es bedarf also erstens einer ambitionierteren und schnelleren Nachhaltigkeitspolitik des Globalen Nordens, so dass die internationalen Partner erkennen können, auch in Zeiten einer fundamentalen und fordernden Krise steht der Globale Norden zu seiner Verpflichtung, da es letztendlich der Schlüssel für mehr Sicherheit, Stabilität und Resilienz aller Gesellschaften ist. Zweitens müssen die Staaten des Globalen Nordens zu erkennen geben, dass sie an einer internationalen Nachhaltigkeitspolitik auch unter Berücksichtigung der Nöte und Herausforderungen der Entwicklungsländer interessiert sind und insofern auch bereit sind, im Interesse des gemeinsamen Ziels ihren Beitrag zu leisten und ggf. auch auf kurzfristige wirtschaftliche Vorteile zu verzichten. Das betrifft erstens faire und auf langfristige Entwicklung ausgerichtete Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, zweitens die Berücksichtigung von Konsequenzen der Nachhaltigkeits- und Klimapolitiken z.B. der EU für Partner in Afrika, Asien und Mittel- und Südamerika sowie drittens mehr internationale Kooperation in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Daneben lehren die verschiedenen Krisen der letzten Jahre, dass ein besonderes Augenmerk darauf zu richten ist, dass neben Effizienz und Effektivität auch Resilienz, also Robustheit, Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit entscheidende Kriterien für die Ausgestaltung von gesellschaftlichen Systemen sind.

Unabhängig von der Entwicklung in der Ukraine steht fest: Die *Zeitenwende*, die gebraucht wird, heißt mehr, schnellere und faire internationale Kooperation in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Der Globale Norden muss vorangehen und seiner Vorbildfunktion gerecht werden, damit die Ernsthaftigkeit und Machbarkeit auch in anderen Teilen der Welt als erstrebenswertes Ziel wahrgenommen wird, in der Hoffnung, dass auch dort die notwendigen eigenen Anstrengungen unternommen werden.